

Japanische Geburtenpolitik in Geschichte und aktuellem Diskurs

Limits of Political Feasibility: Birth Control Policy and the Low Birth Rate in Japan

K.-Ulrike Nennstiel

In Japan, fertility had been declining for more than three decades, when the government first decided to consider measures to stop this trend. At that time, people did not seem to be very concerned about it. What was the reason behind this lack of concern, and why did the reaction in Japan differ so much from that of other industrialized countries?

This paper investigates the history of birth rates and policies from the early Meiji period to the present, paying particular attention to the time before, during and after the Second World War. It shows quite clearly that in Japan, fertility did not decline just because of societal changes or as a side effect of industrial and medical development, but that the decline was very actively promoted by the government policy after World War II and in the early 1950s, when nurses and midwives made concerted efforts to effectively persuade women to reduce the number of children they would bear. Through these activities, the Japanese government's policy turned out to be surprisingly successful.

The methods the government and local authorities are currently using in an attempt to raise fertility have come to resemble more and more those used in the past, but their lack of success underscores changes in attitudes and feelings of people in Japan. Analysis of current discourses demonstrates how politicians and bureaucrats try to divide people into categories depending on sex, age, and other criteria, and then assign to them »social duties«, which they are no longer able or ready to bear. The article

presents a critical assessment of these discourses and shows how the present fertility rate is influenced by the past, not only directly through specific policies and initiatives, but also through the thinking and the emotions of ordinary people.

1. Einleitung

Als in Japan die Gesamtfertilitätsrate¹ im Jahre 1989 unter 1,57 sank, brachten die Medien den Geburtenrückgang als »1,57-Schock« in die Schlagzeilen. Tatsächlich zeigte die japanische Geburtenrate jedoch schon seit den 1970er Jahren eine rückläufige Tendenz. Was die Medien zum »Schock« hochspielten, war lediglich eine Gesamtfertilitätsrate, die im Laufe einer anhaltenden Abwärtsbewegung erstmals unter den mythisch² bedingten Niedrigstwert von 1,58 im Jahre 1966 gesunken war. Politik und Öffentlichkeit schienen diese Entwicklung jedoch überhaupt nicht wahrzunehmen und reagierten auch auf die »Schock«-Meldung zunächst nur zögerlich. Dass zu jener Zeit in Schweden und anderen europäischen Ländern längst Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang auf ihre Tauglichkeit überprüft wurden, kann den Verantwortlichen jedoch kaum entgangen gewesen sein. Warum kümmernten sie sich damals nicht um ähnliche Schritte?

Diese Frage stellt sich besonders angesichts dessen, dass in den vergangenen 15 Jahren in Japan Tausende von Artikeln und Büchern zum Thema »Geburtenrückgang« erschienen, in denen trotz aller unterschiedlichen Perspektiven die Auffassung vorherrscht, bei dem Geburtenrückgang handle es sich um eine problematische Entwicklung, der unbedingt Einhalt geboten werden müsse. Gering ist die Bereitschaft, die sinkende Fertilität hinzunehmen als unvermeidbaren Schritt gesellschaftlicher Modernisierung im Sinne der unilinearen Theorie einer Zweiten Demographischen Transition, wie sie etwa LESTHAEGHE und VAN DE KAA (1986) verfechten. Wenige Autoren akzeptieren den Geburtenrückgang als Prämisse künf-

1. Die Gesamtfertilitätsrate (= total fertility rate, TFR) errechnet sich als Summe der altersspezifischen Fertilitätsraten aller Frauen im »gebärfähigen Alter« (zwischen 15 und 45 (Europa) bzw. 49 Jahren (in Japan)). Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekäme, wenn die für den gegebenen Zeitpunkt maßgeblichen altersspezifischen Fruchtbarkeitsverhältnisse der betrachteten Population konstant blieben. Für internationale Vergleiche wird die TFR gegenüber der (rohen) Geburtenrate (= Zahl der Geburten pro 1.000 Einwohner) bevorzugt, da demografische Faktoren wie Alterung oder Säuglingssterblichkeit in der TFR keinen Niederschlag finden.
2. Ursprünglich besagte der Mythos, der mit dem alle 60 Jahre wiederkehrenden »Jahr des Feuerpferdes« verbunden ist, dass in diesen Jahren gehäuft Feuersbrünste und andere Katastrophen aufträten. Allmählich weiteten sich die Assoziationen aus zu Charakterzuschreibungen auf die in diesen Jahren geborenen Menschen als besonders aggressiv. In der Edō-Zeit eskalierten sie dahin, dass im »Jahr des Feuerpferdes« geborene Frauen ihre Männer töten würden.

tiger Entwicklungen (AKAGAWA 2004a; ASK 2004; HORI' I 2011; KAWAMOTO 2001) oder messen ihm gar eine positive Bedeutung bei (FURUTA 2003; HARADA und SUZUKI 2005). Meinungsumfragen scheinen die Auffassung, die niedrige Fertilität könne nicht akzeptiert werden, auch für eine breitere Öffentlichkeit zu belegen (NAGANOKEN 2007). Die Anzahl gewünschter Kinder übersteigt nach wie vor die der geplanten und der tatsächlich geborenen (KSJK 2010a:7–8). Es gilt als »unverzichtbare Investition in die Zukunft« (ATÖ 2008) und vorrangige Aufgabe der Politik, durch geeignete Maßnahmen die Realisierung der gewünschten Kinderzahl zu ermöglichen und die Geburtenrate zu steigern (ÖISHI 2010: 109–110). Allerdings konstatiert der österreichische Familienforscher WOLFGANG MAZAL eine Differenz zwischen gewünschter und realisierter Fertilität »in allen Ländern und zu allen Zeitpunkten« (2009: 5). Ihre Ursachen reichten von Partnermangel über fehlende Kinderbetreuungsangebote bis zu Unfruchtbarkeit und seien als »Realisierungspotenziale« in unterschiedlich hohem Maße politischer Beeinflussung zugänglich.

Die Politik in Japan versucht, an allen Punkten gleichzeitig anzusetzen. Tatsächlich stieg die Geburtenrate in den letzten Jahren geringfügig an (vgl. Abbildung 1), doch sank die durchschnittliche Kinderzahl pro Ehepaar zwischen 2002 und 2010 von 2,23 auf 1,96 (KSJK 2010a: 4), und immer weniger Ledige betrachten uneheliche Elternschaft als eine akzeptable Alternative (KSJK 2010b: 5, 16–17).³ Am Erfolg der Regierungsmaßnahmen wird gezweifelt, umstritten ist ihre Adäquanz.

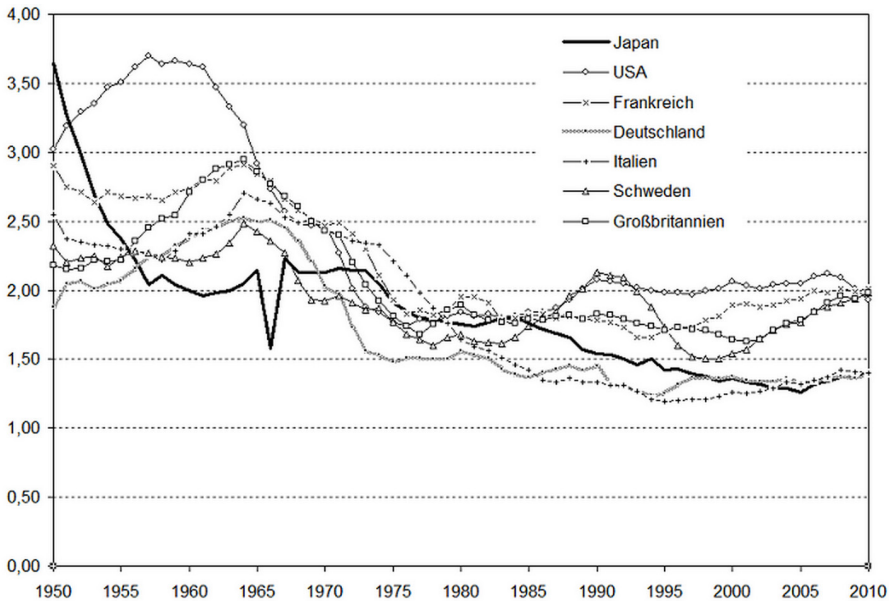
Den historischen Hintergrund der Kritik und einige brisante Punkte der aktuellen Diskurse herauszustellen, ist das Ziel dieses Beitrags. Nach einem kurzen Überblick über die japanische Fertilitätsentwicklung im Vergleich zu westlichen Staaten erfolgt eine Erörterung ihres historischen Verlaufs seit der Meiji-Zeit (1868–1912) und der Bevölkerungspolitik vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Während die Ursachen und befürchteten Konsequenzen des aktuellen Geburtenrückgangs an anderer Stelle ausführlich diskutiert wurden (COULMAS et al. 2008; COULMAS und LÜTZELER 2011; JMS 1998; KIMURA 1999; KOBAYASHI und KOMINE 2004; NKS 2007; ÖBUCHI und KANEKO 2005), konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf die Prämissen und den aktuellen Diskurs der »Politik gegen den Geburtenrückgang«.

3. Der Anteil außerehelich geborener Kinder zeigt zwar eine zunehmende Tendenz, übersteigt aber kaum 2 % aller Geburten, während er in europäischen Ländern bei 30 bis 60 % liegt (HONKAWA 2012).

2. Der Geburtenrückgang Japans im internationalen Vergleich

Zu Beginn der 1950er Jahre lag die Gesamtfertilitätsrate (TFR) Japans höher als die fast aller westeuropäischen Länder, fiel aber innerhalb eines Jahrzehnts unter die der Vergleichsstaaten (Abb. 1). Wie die Grafik zeigt, bildet der japanische Geburtenrückgang keinen Einzelfall. Statt ihn aber in eindimensionale eurozentristische Modernisierungstheorien demographischer Transition einzureihen und unstimulierende Faktoren wie das Heiratsverhalten oder den abweichenden Wertewandel, der sich gegenwärtig in Japan und anderen ostasiatischen Ländern abzeichnet, zu ignorieren, folge ich der Argumentation EHMERS (2011: 11), dass »looking back in history makes it easier for us to understand the diversity of fertility, the complexity of determinants«, eine Komplexität, die auch COULMAS und LÜTZELER (2011: 5) hervorheben. Das Ziel der historischen Erörterungen dieses Beitrags besteht darin, die politische Absicht hinter Entwicklungen aufzuzeigen, deren Ergebnis den Gegenstand der aktuellen Diskurse in Japan bildet.

ABBILDUNG 1: Die japanische Fertilitätsrate im internationalen Vergleich

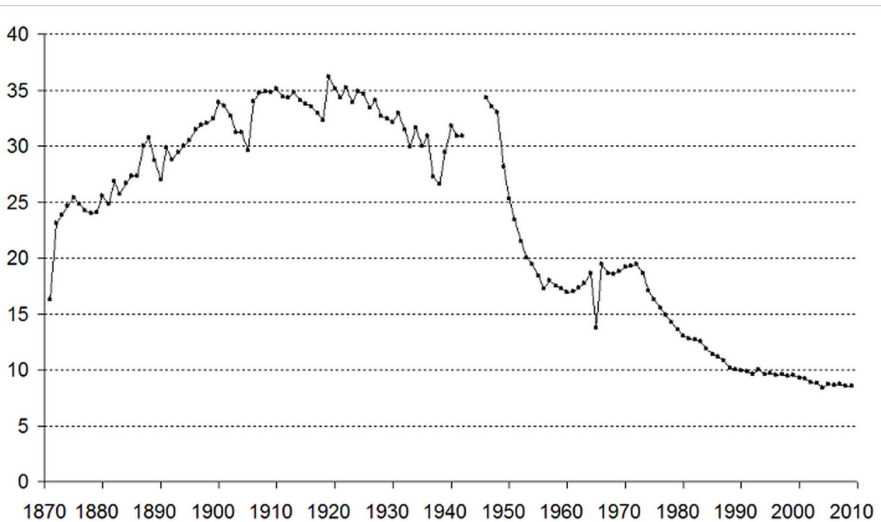


Quelle: NAIKAKUFU (2011: 30).

3. Die Fertilitätsentwicklung von der Landesöffnung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Langzeitdaten zur Bevölkerungsentwicklung in Japan reichen rund 140 Jahre zurück, fast bis zur Meiji-Restauration (1868), mit der das japanische Feudalzeitalter offiziell beendet und die japanische »Moderne« eingeleitet wurde. Die Verbesserung der Lebens- und Erwerbsbedingungen nach der Auflösung der Feudalstrukturen führte zu einem steilen Anstieg der Fertilität (Abb. 2). Verstärkt wurde dieser durch das Verbot (1869) und die (ab 1890 eingeführte) Strafbarkeit von Abtreibung und Kindesmord (KITABA 2006: 22; MITSUNAGA 1988).

ABBILDUNG 2: Entwicklung der Geburtenrate Japans seit der Meiji-Zeit



Quelle: KRS (2011a); TKS (1985).

Die steigende Tendenz der Geburtenrate hielt bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts an. Unter dem Einfluss des Russisch-Japanischen Krieges (1904/05) erfuhr sie eine leichte Abwärtsbewegung und pendelte sich dann auf dem relativ hohen Niveau von 31 bis 34 Geburten pro 1000 Einwohner ein. Der Einschnitt im Jahre 1906 ist auf den eingangs erwähnten Mythos zum Jahr des Feuerpferdes (*hinoeuma*) zurückzuführen. Geburtsdaten in jenem Jahr geborener Mädchen wurden teilweise

manipuliert, um einem befürchteten Familiendrama vorzubeugen (OKAZAKI 1950: 205–206).

Während des Ersten Weltkrieges blieb die Fertilitätsrate trotz sinkender Tendenz noch relativ hoch. Japan war in aktuelle Kampfhandlungen vergleichsweise wenig involviert und die japanische Wirtschaft boomte⁴ dank der hohen Exportnachfrage. Die Ausbreitung der Spanischen Grippe in Japan und der Wirtschaftseinbruch nach Kriegsende lösten jedoch einen deutlichen Rückgang der Fertilität aus. Der statistische Spitzenwert von 36,2 Geburten auf 1.000 Einwohner im Jahre 1920 beruht lediglich auf Umstellungen in der Datenerhebung und der Bezugsgrundlage (OKAZAKI 1950: 206–207). Die Einbeziehung der Überseegebiete und der Einwohner mit fremder Staatsangehörigkeit erhöhte nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Geburtenrate aufgrund der spezifischen Altersstruktur migrationsbereiter Bevölkerungsgruppen (KTJT 1999: 84–85).

Im Verlauf der zwanziger und dreißiger Jahre zeigte die Geburtenentwicklung einen leichten Abwärtstrend, bedingt unter anderem durch die Furcht vor Nahrungsmangel und Überbevölkerung (cf. KOCH 2008: 106–107; TAEUBER 1958: 366). Die Weltwirtschaftskrise sowie die Zunahme kriegerischer Initiativen in den Jahren 1934 bis 1938/9 verstärkten diese sinkende Tendenz der Fertilitätsrate. Unmittelbar vor der Eröffnung des Pazifischen Krieges stieg die Geburtenziffer (= absolute Geburtenzahl) jedoch erneut an, von 1,9 Millionen im Jahre 1939 auf 2,2 Millionen in den Jahren 1940 bis 1943 (TKS 1985: 821).

Hintergrund dieses Geburtenanstiegs war eine Politik, die der Deutschlands und anderer europäischer Kriegsstaaten ähnelte. Im Dezember 1937 hatte die japanische Regierung beschlossen, ein Sozialministerium zu gründen, das die Gesundheit der Bevölkerung verbessern sollte und damit auch die Voraussetzungen für Kriegsproduktion und militärische Unternehmungen (MASUYAMA 2004: 24–25). Wenige Monate nach seiner Etablierung verbreitete das junge Ministerium den Slogan »*umeyō, fuyaseyō*« [Gebärt und vermehrt euch] (AKAGAWA 2004b: 134). Weil »Soldaten für den Krieg, Volksangehörige für die Kriegsindustrie und [...] Japaner zur Verteilung in die Überseegebiete notwendig wurden«, beschloss die Regierung im Januar 1941, Richtlinien für die Erstellung eines Bevölkerungsplans' (*jinkō seisaku kakuritsu yōkō*). Innerhalb eines Jahrzehnts wollte sie das durchschnittliche⁵ Heiratsalter um drei Jahre senken, die durchschnittliche Kinderzahl auf fünf erhöhen und die Säuglingssterblichkeit verringern. Weitere Maßnahmen beinhalteten akti-

4. Der Export stieg in diesem Zeitraum von 0,6 auf 2,1 Mrd. Yen, die Gesamtproduktion von 3 Mrd. Yen (1914) vervierfachte sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (AOKI 2004: 290–291).
5. Es handelt sich hier nicht um ein »legales« Heiratsalter, wie KOCH (2008: 109) schreibt, sondern um das durchschnittliche, das damals für Frauen bei 24,4 und für Männer bei 28,4 Jahren lag.

ve Partnervermittlung, Reduzierung der Trauungskosten, Stärkung der Institution der Ehe und Veränderung der Schulpläne, um Mädchen auf ihre Rolle als Mutter und Gebälerin fürs Vaterland vorzubereiten. Erwerbstätigkeit gebärfähiger Frauen über zwanzig wurde unterdrückt, kinderreiche Familien erhielten finanzielle Vergünstigungen und soziale Auszeichnungen, während Singles mit zusätzlichen Steuern belastet wurden (MASUYAMA 2004: 34–40).

Auch das japanische »Volkseugenikgesetz« (*kokumin yūseihō*) des Jahres 1940 gehorchte primär dem Kriegsimperativ nach mehr »Menschenmaterial«. ⁶ Es bestand aus einem ersten Teil, der Sterilisation als »eugenische Operation« einführte (v.a. §1–§5), und einem zweiten, der jegliche Art »nicht indizierter« Geburtenkontrolle untersagte. Während die Bestrafung von Abtreibung und Abtreibungsbeihilfe schon seit 1907 nach deutschem Vorbild wiederholt verschärft worden war, stellte das »Volkseugenikgesetz« (§15–18) auch »nicht eugenisch indizierte« Sterilisation unter harte Strafe. »Eugenische Operationen« im Sinne des ersten Teils des Gesetzes wurden bis zur seiner Aufhebung im Jahre 1948 an vergleichsweise wenigen (insgesamt 538) Personen durchgeführt. Der zweite Teil des Gesetzes, die Strafandrohung für Abtreibung und Sterilisation dürfte um ein Vielfaches größere Auswirkungen gehabt haben (MITSUNAGA 1988).

Der Anstieg der (absoluten) Geburtenzahlen und der Geburtenrate während der Eröffnung des Pazifischen Krieges belegt den Erfolg der staatlichen Bevölkerungspolitik (TKS 1985: 46). Erst 1945 und 1946 fiel die Geburtenziffer um mehr als 30 % und führte in Verbindung mit einer hohen Sterberate von 29 auf 1.000 Einwohner im letzten Kriegsjahr zu einer negativen Bevölkerungsbilanz. Schon im darauffolgenden Jahr nahm jedoch die Bevölkerung durch Remigranten aus ehemaligen Überseegebieten und Kriegsheimkehrer um mehr als dreieinhalb Millionen Menschen (entsprechend 5 % der Gesamtbevölkerung) zu. Nicht zuletzt unter diesem Einfluss setzte der erste Babyboom in Japan bereits 1947 ein, und damit etwa zehn Jahre früher als in Deutschland.

4. Politik zur Geburtenregelung seit dem Zweiten Weltkrieg

Angesichts der raschen Bevölkerungszunahme unmittelbar nach Kriegsende warnte schon 1946 die »Forschungsgruppe für Bevölkerungsprobleme« (*jinkō mondai*

6. YAMAMOTO (2005: 86) vertritt die These, dass auch ideologische Argumente in Zusammenhang mit dem japanischen Ahnenkult und der Familienideologie des japanischen Nationalstaates ein Eugenikgesetz im Sinne des deutschen Nationalsozialismus verhinderten. Zur Entstehung des Gesetzes im einzelnen vgl. KATŌ (1988).

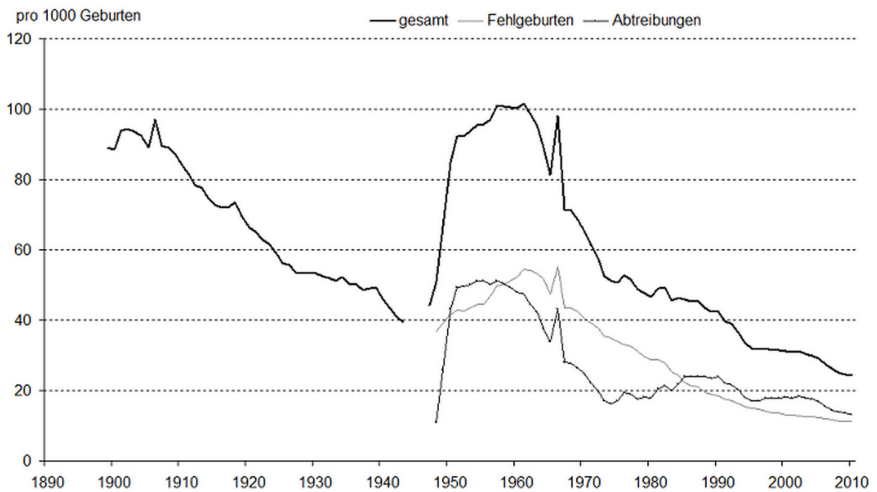
*kenkyūkai*⁷) in ihrem »Vorschlag zur Grundausrichtung einer neuen Bevölkerungspolitik« vor Not und Verarmung als Folgen der Überbevölkerung. Das Parlament diskutierte die Notwendigkeit eugenischer Maßnahmen, »um der Geburt aus eugenischer Sicht missratener (*furyōna*) Kinder und Kindeskinde vorzubeugen« (YAMAMOTO 2005: 87). Eine Untersuchung in Heimen obdachloser Kinder habe belegt, dass 80 % der Insassen schwachsinnig (*teinōji*) seien (YAMAMOTO 2005: 87). Das bestehende »Volkseugenikgesetz« von 1940 wurde parteiübergreifend kritisiert als »Gesetz eines Militärstaates zur Bevölkerungsvermehrung« (MATSUBARA 1997: 11), das einer eugenischen Zielsetzung nicht gerecht werde (YAMAMOTO 2005: 86). Daher verabschiedete das Parlament 1948 ein neues Eugenikgesetz (*yūsei hogo hō*), um zu verhindern, dass »schlechtes« Erbgut (von »unheilbar Kranken« oder Straffälligen!) weitergegeben werde oder Kinder geboren würden, die den Einflüssen einer »schlechten« Umgebung ausgesetzt wären (MATSUBARA 1997: 12). Gleichzeitig sollte das Gesetz dazu dienen, »Leben und Gesundheit der Mütter zu schützen« (YAMAMOTO 2005: 87). Die Indikation für Zwangssterilisierung und Schwangerschaftsabbruch wurde von der »Gefährdung des Lebens der Mutter« erweitert auf »die Befürchtung wesentlicher Beeinträchtigungen der mütterlichen Gesundheit« (YAMAMOTO 2005: 87). Ärzte hatten sich für eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eingesetzt, da sie für sich selbst und ihre Mitarbeiterinnen die rechtlichen, für ihre Patientinnen auch die gesundheitlichen Konsequenzen des »Abtreibungs-Schwarzmarktes« fürchteten. Durch Gesetzesrevisionen wurden in den Jahren 1949 und 1952 die Bedingungen für legalen Schwangerschaftsabbruch weiter gelockert (YAMAMOTO 2005).

Parallel zu den Diskussionen um ein neues Eugenikgesetz im Parlament konzipierte die Regierung Katayama 1947 eine »Volksbewegung zum Aufbau eines neuen Japan« (*shin Nihon kensetsu kokumin undō*), um, wie es hieß, die Kleidungs-, Nahrungs- und Wohnsituation zu verbessern, herkömmliche Gewohnheiten zu verändern und die innerfamiliären Beziehungen zu demokratisieren. Tatsächlich diente diese Kampagne primär der Propaganda einer Zweikindfamilie unter den Bannern der »Fortschrittlichkeit« und des »Wohlstandes« (YANAI 2001). Aus Sorge, nur gebildete Schichten sähen die Notwendigkeit von Familienplanung ein und die Gesamtgesellschaft erfahre eine qualitative »Negativselektion«, initiierte Furuya Yoshio vom National Institute of Public Health (NIPH) intensive Aufklärungskampagnen in Modelldörfern und unter Menschen mit niedriger Schulbildung. Gleichzeitig organisierte die »Forschungsgruppe für Bevölkerungsprobleme« entsprechende Maßnahmen für Familienangehörige der Arbeitnehmer in

7. Diese Forschungsgruppe war unter dem Einfluss der Ersten Weltbevölkerungskonferenz 1933 als halbstaatliche Organisation gegründet worden (KOCH 2008: 106).

Großunternehmen (OGINO 2008). Die Unternehmensleitungen versprachen sich Produktionssteigerungen, wenn eine Reduzierung der Kinderzahl zu einem ruhigeren Familienleben und zur Entspannung der Ehefrauen beitragen, die Ehefrauen ihren Männern den Rücken frei halten und die Männer sich ausschließlich auf ihre Arbeit konzentrieren könnten. Mit anderen Worten: die Unternehmen erhofften sich vom Geburtenrückgang Gewinnsteigerungen. Darüber hinaus hatten seit 1946 einzelne Unternehmen begonnen, Familienzuschläge einzuführen, weshalb es unmittelbar in ihrem ökonomische Interesse lag, eine vierköpfige Kleinfamilie als »fortschrittliches Ideal« zu propagieren (MORINAGA 1997: 25–43).

ABBILDUNG 3: Rate der Totgeborenen



Quelle: KRS (2011b).

Hebammen, die bis zum Kriegsende überall darauf hingearbeitet hatten, Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung zu unterbinden, erhielten auf der Grundlage des neuen Eugenikgesetzes nun den konträren Auftrag, unter dem Banner der »Familienplanung« die Geburtenrate zu reduzieren. Manche wehrten sich dagegen, ihr Arbeitsziel so ins Gegenteil zu verkehren; die meisten aber folgten dem neuen Gebot – sei es aus »Einsicht« oder aus dem persönlichen Interesse an einem gesicherten Einkommen. In Aufklärungsveranstaltungen und bei Hausbesuchen berieten sie die Ehefrauen Unternehmensangehöriger über die Vorteile von Familienplanung und Haushaltsführung, über Verhütungsmethoden und über Abtreibung.

Sie bauten Organisationen mit Überwachungsfunktion auf und überprüften den Erfolg ihres Aufklärungsprogramms in abschließenden Gruppentreffen (YANAI 2001). Zu Spitzenzeiten sollen 55 Unternehmen und rund 1,24 Millionen Ehefrauen (entsprechend etwa 17 % der weiblichen Gesamtbevölkerung zwischen 20 und 29 Jahren) an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben (OGINO 2008).

Unter dem Einfluss dieser Kampagnen und der gesetzlichen Erleichterung von Schwangerschaftsverhütung und -abbruch schnellte die Zahl offizieller Abtreibungen und Sterilisationen in die Höhe (KTJT 1999: 86; vgl. auch TAEUBER 1958: 276) (Abb. 3). Während im Jahre 1948 durchschnittlich 1,2 Schwangerschaftsabbrüche auf 100 Lebendgeburten kamen, lag die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche drei Jahre später 4,5mal so hoch. Die Zahl offizieller Schwangerschaftsabbrüche sinkt zwar seit 1956, übertraf aber noch im Jahre 1958 (und erneut wieder seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre) die der Totgeburten, und die Anzahl von Sterilisationen stieg zu Beginn der 1950er Jahre auf schätzungsweise 3–5 pro 1.000 Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren an (NARABAYASHI 1956: 58–59). Am häufigsten erfolgten Abtreibungen und (vermutlich) induzierte Totgeburten unter jungen verheirateten Frauen »desiring to postpone or to limit first and second birth« (TAEUBER 1958: 281), unter älteren Frauen mit vielen Kindern und unter Teenagern (TAEUBER 1958: 258), wobei sich eine positive Korrelation mit dem Bildungsniveau der Betroffenen beobachten ließ (TAEUBER 1958: 281).

Die Tendenz zur Zwei-Kind-Familie breitete sich aus, und die Geburtenrate fiel rapide. Nach dem Ende des ersten Babybooms (1947–1949) sank sie innerhalb eines Jahrzehnts um nahezu 50 % (TKS 1985: 821), die geschlechts- und alterskontrollierte Gesamtfertilitätsrate (TFR) sogar noch stärker (KTJT 1999: 86–87). Bereits im Jahre 1957 lag die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (TFR) mit 2,04 unter der Reproduktionsrate⁸ von 2,1.

Die politische Einflussnahme wirkte sich nicht nur unmittelbar auf die Geburtenentwicklung aus, sondern prägte langfristig Werthaltungen und Verhaltensnormen in der Bevölkerung: »the effect of policy discussion and implementation is not simply the direct effect of the policy itself but also the effect of social learning that goes with the policy discussion« (MCDONALD 2007: 241). So trugen Akzeptanz und Legalisierung der Abtreibung in den 1950er Jahren erheblich zum

8. Die (einfache) Reproduktionsrate einer Population errechnet sich aus der Anzahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären muss, um (nach statistischer Wahrscheinlichkeit) eine künftige Mutter zur Welt zu bringen (Atō 1996b; Ishikawa 1996). In fortgeschrittenen Industrieländern gilt allgemein eine TFR von 2,1 als Voraussetzung für die natürliche Reproduktion einer Population, in Japan lag der entsprechende Wert im Jahre 1920 bei 3,30, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg (1947) noch bei 2,65 und rangiert seit dem Ende der 1970er Jahre unter 2,1 (TKS 1985: 8–9).

Geburtenrückgang bei, während Kontrazeptiva – im Unterschied zu vielen westlichen Ländern – in Japan nur zögernd angenommen wurden. Die »Phase des hohen Wirtschaftswachstums« (*kōdo keizai seichōki*, 1958–1973) war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begleitet von einem leichten Wiederanstieg der Fertilitätsrate, die jedoch unter dem Wert von 2,3 blieb. Als die geburtenstarken Jahrgänge des Ersten Babybooms mit circa 23 Jahren ins Heirats- und Elternalter kamen, nahm die Geburtenrate noch einmal geringfügig zu und löste einen – sehr leichten – »Zweiten Babyboom« aus (1971–1973); danach setzte die TFR bis 2005 ihren Abwärtstrend fort.

Der aktuelle Geburtenrückgang in Japan weist wenig von der Wertkonstellation auf, die LESTHAEGHE (1983) als charakteristisch für den Zweiten Demographischen Übergang in Europa beschreibt. Weder ist eine zunehmende Konzentration auf Partnerschaft statt auf Kinder (»king-pair« statt »king-child«) zu beobachten noch eine Abnahme der Heiratsfreudigkeit. Zwar steigt der Anteil Lediger seit etwa zwei Jahrzehnten an, doch beabsichtigen circa 90 % von ihnen, auf jeden Fall irgendwann zu heiraten. Der Anteil derer, die Kinder bekommen möchten, liegt noch höher (KSJK 2010b: 13). Unverheiratetes Zusammenleben junger Paare bildet in Japan nach wie vor eine Ausnahme (KSJK 2010b: 9). In den meisten Fällen bleibt es auf den Zeitraum weniger Wochen oder Monate vor der Hochzeit beschränkt (KSJK 2005: 36–37). Der Anteil außerehelich geborener Kinder liegt nicht einmal halb so hoch wie in den 1920er Jahren, und unter 10 % der Vergleichswerte nord- und westeuropäischer Länder.

5. Neuere »Politik gegen den Geburtenrückgang«

Der Geburtenrückgang entsprach in Japan also seit seinem Beginn in den 1950er Jahren dem von Wirtschaft und Politik zugunsten gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes propagierten Ideal (KONO 2011: 45–52; TAEUBER 1958: 364–379). Das frühe Absinken der TFR unter die natürliche Reproduktionsrate wurde daher kaum problematisiert. Auf die »Schock«-Meldung der Medien hin gründete die Regierung eine Kommission, fünf Jahre später verabschiedete sie den »Angel«-Plan zur Unterstützung von Familien mit Kindern (KŌSEISHŌ 1998: 206–208). Da die Geburtenentwicklung entgegen allen Prognosen in den 1990er Jahren ihren Abwärtstrend fortsetzte, begann die Regierung 1998, alljährlich neue Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang zu verkünden. Inhaltlich konzentrieren sie sich im wesentlichen auf die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit mit Haus- und Erzie-

hungsarbeit, auf Familienförderung, schulische Erziehung, Wohnraum und Wohnumgebung, ökonomische Unterstützung, medizinische Versorgung und Beratung, öffentliche Handlungspläne und Nachbarschaftshilfe (NAIKAKUFU 2004: 94–120, 2006: 22–61, 2007: 24–41, 2011: 3–19).

Konkrete Zielsetzungen und Inhalte allerdings haben sich innerhalb der einhalb Jahrzehnte politischer Initiativen gegen den Geburtenrückgang beachtlich gewandelt. So stand im Rahmen der »Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung« zunächst eine Ausweitung des Betreuungsangebotes für Vorschul- und Kleinkinder im Vordergrund; heute werden im selben Kontext die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Geschlechtsrollenerwartungen für Frauen und Männer diskutiert. Während in der »schulischen Erziehung« zu Beginn der 1990er Jahre Unterrichtszeiten verkürzt und projektorientiertes Lernen gefördert wurden, um Stress und einseitige Konzentration auf Faktenwissen zu reduzieren, verlangt die Regierung nunmehr, die Unterrichtszeiten aller Klassenstufen zu verlängern; Konkurrenz, testorientiertes Lernen, Gruppenanpassung, Selbstbehauptung und Vaterlandsliebe gewinnen erneut an Stellenwert. Als Ziel schulischer Erziehung gelten »starke« Menschen, die sich schon von früher Jugend an auf Beruf und Familie hinorientieren. Dafür soll in Mittel- und Oberschulen die Freude an der Erziehung eigener Kinder vermittelt werden – gleichzeitig allerdings auch die Wichtigkeit sexueller Abstinenz im Jugendalter.

»Familienunterstützung« beinhaltet ursprünglich finanzielle, betreuende und erziehungsberatende Unterstützung der jeweils Bedürftigen; inzwischen steht, ungeachtet der Einsicht, dass die »Normalfamilie aus Mann, Hausfrau und zwei Kindern« nicht mehr die Mehrheit bildet (KRS 2011b: 4), die Förderung der »gesunden« Familienform (so der ehemalige Wohlfahrts- und Arbeitsminister Yanagisawa) der Zwei-Eltern-zwei-Kind-Familie im Vordergrund. Um auch die Familiengründung zu fördern, veranstalten Kommunen Partys zur Partnerfindung und im privatwirtschaftlichen Bereich hat sich Partnervermittlung zu einem neuen Dienstleistungsbereich entwickelt (YONEYAMA 2011). Das Sozial- und Arbeitsministerium forderte Unternehmen auf, junge Mitarbeiter beim Entwurf eines Lebensplanes mit Familie zu unterstützen.

Während »medizinische Versorgung« im Kontext der Geburtenpolitik der 1990er Jahre »Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und Kleinkinder« bedeutete, wurde der Gegenstandsbereich ausgedehnt bis hin zu Beratung und (Teil-) Finanzierung von Eingriffen gegen Infertilität (NAIKAKUFU 2011; SUGIMOTO 2004, 2008).

Der Regierungswechsel im September 2009 von der LDP zur DPJ versprach, ein neues Kapitel in der Familienpolitik einzuleiten. Besonders die Einführung eines neuen Kindergeldes (*kodomo teate* statt des bisherigen *jidō teate*), das einkommensunabhängig bis zum Ende der 9-jährigen Schulpflicht ausgezahlt werden sollte, galt als »Augapfel« (YONEYAMA 2011: 56) im Wahlprogramm der neuen Regierungspartei DPJ und hatte erheblich zu ihrem Wahlsieg beigetragen (EGUCHI 2011: 117). Neben diesen Geldleistungen standen auch Sachleistungen in Form eines verbesserten öffentlichen Betreuungsangebotes für Kleinkinder und Maßnahmen zur Förderung väterlicher Familienarbeit auf dem Programm der DPJ.

Personelle Probleme, wiederholte Führungswechsel und last but not least Erdbeben, Tsunami und die Reaktorkatastrophe im März 2011 beeinträchtigten die zügige Umsetzung des Wahlprogramms der DPJ, bis schließlich Yoshihiko Noda als DPJ-Vorsitzender und Premierminister eine politische Richtung einschlug, die sich zunehmend mehr an der Politik der ehemaligen Regierungspartei LDP orientiert als am eigenen Parteiprogramm und der ursprünglichen Parteispitze. Abgesehen von einer reduzierten Einführung des neuen Kindergeldes erschöpft sich die Familienpolitik seit dem Regierungswechsel daher bislang überwiegend in einer modifizierten Fortsetzung früher eingeleiteter Maßnahmen.

6. Kritik an der aktuellen Geburtenpolitik

6.1 Instrumentalisierte Gleichstellungspolitik

Im Jahre 2010 initiierte der Arbeits- und Sozialminister Nagatsuma das »Projekt *ikumen*«,⁹ einen Wettbewerb für erziehende Väter (KRS 2012). Das fordernd wirkende Poster aus dem Jahre 1996, das unter dem Titel »*kosodate shinai otoko o chichi to yobanai*« [einen Mann, der keine Kinder versorgt, nennt man nicht »Vater«] einen langhaarigen Mann mit Baby auf dem Arm zeigte, wurde ersetzt auf Werbepostern und der einschlägigen Internetseite durch Fotos fröhlich lachender Familienväter auf Werbepostern und der einschlägigen Internetseite. Die Erfahrungsberichte dieser »*ikumen*« belegen im Kern wenig Neues. Nach wie vor nehmen Männer in der Regel höchstens einige Tage Erziehungsurlaub, und bei den wenigen Ausnahmen stehen Gründe wie die Erkrankung der Ehefrau, der Verlust des eigenen Arbeitsplatzes oder untypische Einkommensverteilung der Ehepartner dahinter. Ansonsten motiviert auch die Reduzierung ihrer Arbeitszeit die Männer

9. Das Kunstwort »*ikumen*« ist zusammengesetzt aus dem japanischen Begriff »erziehen« und dem englischen »men«.

nicht zu mehr Beteiligung an der Hausarbeit (NISHIOKA und HOSHI 2011). Umfragen über die Einstellung zur geschlechtsspezifischen Rollenverteilung belegen ebenfalls ein Festhalten an herkömmlichen Mustern, gerade bei jungen Leuten. Die Rolle der Männer als Familienernährer bleibt weitgehend unangetastet, doch die Bedingungen des Arbeitsmarktes haben den Unterhalt einer mehrköpfigen Familie mit nur einem Einkommen erheblich erschwert (Jō 2008). Der populäre Begriff »sōshokuzoku«¹⁰ für junge Männer, die sich traditionellen Männerklischees verweigern, wird zunehmend mehr verknüpft mit despektierlichen Konnotationen, um von der Wirtschaft gewünschte Geschlechternormen zu konservieren.

In medizinischen Fachkreisen kursiert die These, Umwelteinflüsse hätten durch hormonelle Veränderungen zur Zunahme »weichlicher Männer« geführt und den Geburtenrückgang verursacht. Diese Erklärung findet bislang kaum breitere Resonanz, sei es, weil sie in grundsätzlichem Widerspruch zu neoliberalen Denken steht, sei es, weil sie geeignet wäre, die »Verantwortung« für den Geburtenrückgang von der jüngeren auf die ältere Generation zurückzuschieben.

Großen Einfluss gewannen Analysen zur Korrelation von Geburtsrate und weiblicher Erwerbstätigkeit in OECD-Ländern, die zeigten, dass sich die negative Korrelation dieser beiden Faktoren in den 1970er Jahren bis zur Jahrtausendwende in eine positive verkehrte (vgl. ATŌ 1996a; KAWAGUCHI 2005; NDKS 2005). Daraus wurde gefolgert, dass auch in Japan eine aktive Gleichstellungspolitik einen Anstieg der Fertilitätsrate bewirken könne. Die Genderforscherin, Soziologin und Regierungsberaterin Mari Ōsawa griff die Studie auf und forcierte eine höhere Einbindung verheirateter Frauen in den Arbeitsmarkt.

Unumstritten ist diese Politik nicht. MANABU AKAGAWA (2004a) kritisiert die empirischen Grundlagen der scheinbar logischen Argumentation, eine umfassende Gleichstellungs- und Sozialpolitik begünstige sowohl eine hohe weibliche Erwerbsquote als auch eine positive Fertilitätsentwicklung, und bemängelt die Datenselektion der Studie als höchst willkürlich. HORI'I (2011: 201–215) stellt in Frage, dass der statistischen Korrelation tatsächlich eine Kausalbeziehung zugrunde liegt. Wahres Ziel dieser Politik sei es, noch mehr Frauen als billige und flexibel verfügbare Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu rekrutieren. Die hohen Kosten der Kindererziehung einerseits, gesunkene Löhne und fehlende Arbeitsplatzsicherheit der Familienernährer andererseits zwingen schon jetzt Mütter zur Berufstätigkeit, während die Unternehmen davon profitieren (vgl. HONDA 2009).

Andere Wissenschaftler wenden gegen die »Frauenförderungs politik zur Steigerung der Geburtenrate« ein, direkte Anreize, Einflussnahme auf das Bewusstsein

10. Der Ausdruck »sōshokuzoku« bedeutet in wörtlicher Übersetzung »Familie der Grasesser« und entspricht in etwa dem deutschen »Warmduscher«.

Lediger oder eine effektive Verbesserung der Gesamtwirtschaftslage führten schneller und sicherer zum Ziel, als der Umweg über die Förderung der Geschlechtergleichstellung (INUZUKA 2003: 29–30; MOTOYAMA 2005).

Feministische Wissenschaftlerinnen fordern in Absetzung von Ōsawa, die Gleichstellungspolitik von der Geburtenentwicklung abzukoppeln, um Frauenrechte unabhängig von weiblicher Gebärfähigkeit durchzusetzen. SAWAKO SHIRAHASE (2005) beispielsweise warnt jedoch vor dem Risiko, durch die Trennung von Gleichstellungs- und Geburtenpolitik potentielle Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung zu verspielen.

Wie tief manche Politiker dem geschlechtsdiskriminierenden Denken verhaftet sind, zeigt exemplarisch der Fall des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers Hakuo Yanagisawa (LDP), der Frauen als »Gebärmaschinen« bezeichnete, trotz harter öffentlicher Kritik aber im Amt bleiben konnte. Seine Fürsprecher machten geltend, dass er sich eben in der Ausdrucksweise vertan habe. Der Diskurs um seinen Ausspruch belegte, dass er inhaltlich mit seiner Sichtweise keineswegs allein stand (vgl. HORI'Ō 2011: 177–180).

Das Für und Wider um die Verknüpfung von Gleichstellungspolitik und Geburtenpolitik zeigt deutlich: Frauen sollen Zugeständnisse und Unterstützung erhalten, damit sie Kinder bekommen. Eine Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote, die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen von Erziehungsurlaub und flexiblere Arbeitszeiten reichen jedoch kaum aus, die Fertilitätsrate in der gewünschten Weise zu beeinflussen. Frauen empören sich über die Dreistigkeit, mit einer solchen Politik die Geburtenrate erhöhen zu wollen (AJSS 2007). Nicht nur strukturelle Bedingungen, sondern auch rein individuelle Präferenzen spielten eine Rolle bei der Entscheidung für oder gegen Elternschaft (YOSHIHIRO 1993). Abgesehen davon bleibe bei den meisten Diskussionen ganz außer Acht, dass oft gesundheitliche Gründe oder mangelnde Übereinstimmung in der Partnerschaft die Realisierung eines Kinderwunsches verhindern.

6.2 Kinder als »öffentliches Gut«

Finanzielle Unterstützung für Kinder ist als solche kaum umstritten, doch richtet sich Kritik gegen das Kindergeld der DPJ, das bislang nicht wie im Manifest vorgesehen, sondern nur als Ergänzung des bisherigen *jidō teate* und in halber Höhe eingeführt wurde (EGUCHI 2011: 117). Sowohl der Betrag (der geplante ebenso wie der aktualisierte) als auch die Altersbegrenzung seien willkürlich festgelegt. Beson-

ders umstritten ist die Abkopplung vom Einkommen der Eltern, da dies zu einer Verteilung nach dem »Gießkannen-Prinzip« führe, während die Existenzsicherung Bedürftiger nicht gewährleistet werde.

Die Befürworter des neuen *kodomo teate* halten dem entgegen, dass das Geld eben nicht als »Almosen« in die Haushaltskasse der Familien fließen, sondern Kinder und Eltern einen Rechtsanspruch auf die Geldleistung erhalten sollen. Bezweckt werde mit dem Kindergeld nicht die Unterstützung einzelner, sondern die Übernahme der Ausbildungskosten von Kindern durch die Gesamtgesellschaft (EGUCHI 2011: 118–127).

Gleich dem Kindergeld beruht auch die Forderung nach Ausbau des öffentlich finanzierten Betreuungsangebotes für Kleinkinder explizit oder implizit auf der Prämisse, Kinder seien ein »öffentliches Gut«. Denn die prekäre Lage der Renten- und Sozialversicherungen bildet das Hauptmotiv, sich wissenschaftlich und politisch mit der Geburtenentwicklung zu befassen. Die meisten Erörterungen zum Thema münden in das Fazit: Wir brauchen mehr Kinder, um die Zukunft der Gesellschaft ökonomisch abzusichern.¹¹ Um die nachwachsende Generation zur Erfüllung dieser Funktion zu befähigen, müsste konsequenterweise die Gesellschaft insgesamt für deren Bildungskosten aufkommen (MUKUNO 2010).

KANEKO ISAMU (2003) fordert in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der langjährigen Regierungspartei LDP, durch den Geburtenrückgang ausgelöste inner- und intragenerationale Konflikte zu mildern durch Transferleistungen Kinderloser an Familien mit Kindern, besonders an Hausfrauenfamilien. Das »Trittbrettfahren« Kinderloser führe zu gesellschaftlich ineffizienten Investitionen und werde die Misere der Sozialversicherungen weiter verschärfen (YAMASHIGE 2011). Mit den Worten »wenn kinderlose Frauen im Alter durch Steuern finanziert werden, ist das komisch« (ASAHI SHINBUN, 5.7.2003, zitiert nach SUGIMOTO 2004: 256) spitzt der einstige Ministerpräsident Yoshirō Mori diese Kritik an kinderlosen Menschen auf Frauen zu.

An ethischen Prinzipien orientierte Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler pochen jedoch auf strikte Neutralität des Staates gegenüber der individuellen Wahl einer bestimmten Lebensform (SUGIMOTO 2005). AKAGAWA (2004b) postuliert, Kinder seien ein »ausgesprochen privates Gut«, das es, unabhängig von allen politischen Maßnahmen immer und überall gegeben habe. Öffentliche Unterstützung für Familien widerspreche Prinzipien der Gleichberechtigung. Lehrkostenfreiheit hält er allerdings für angebracht, um allen Kindern das Grundrecht auf Bildung zu garantieren.

11. Die in westlichen Diskussionen erörterte Alternative, niedrige Fertilität durch Migration auszugleichen, bleibt in Japan weitgehend ausgeklammert.

6.3 »Erprobte Methoden« vs. »Trauma« der Vergangenheit

Wie oben skizziert wurde, weist die »Politik gegen den Geburtenrückgang« (neuerdings auch »Familienpolitik« genannt) zunehmend mehr Parallelen mit der Bevölkerungspolitik der 1930er und 1940er Jahre auf. Die Tatsache, dass der Wirtschaftsdemograph HIROSHI ÔBUCHI (2005) sich veranlasst sieht, anhand von Vergleichen mit westeuropäischen Ländern nachzuweisen, dass die japanische Geburtenpolitik der Gegenwart sich von der Bevölkerungspolitik der Vorkriegs- und Kriegszeit essentiell unterscheidet, belegt – entgegen der Intention des Autors – welche deutliche Annäherungen hier stattgefunden haben (AKAGAWA 2004a; SUGIMOTO 2004). Allein schon die Diskussion um die Einführung von »Single-Steuern« erinnert allzu deutlich an die Vorkriegszeit, als Maßnahmen zur Begünstigung von Familien eingeführt wurden, um die Bereitstellung von »Menschenmaterial« für die Kriegsführung zu beschleunigen (AKAGAWA 2004b).

ATAIGAWA (2010a: 115–119) führt die anhaltend niedrige Fertilitätsrate in Italien, Deutschland und Japan darauf zurück, dass in diesen Staaten der Dreierallianz des Zweiten Weltkriegs die Bevölkerungspolitik der Vorkriegs- und Kriegszeit ein Trauma hinterlassen habe. Lange Zeit hätten daher die Politiker dieser Länder von einer aktiven Geburtenpolitik Abstand genommen. In Japan habe der Ministerpräsident Koizumi Jun'ichirō (LDP) 2006 im Rahmen seiner Strukturreformen mit der »neuen Politik gegen den Geburtenrückgang« (*atarashii shōshika taisaku*) einen grundlegenden Wandel eingeleitet. Unabhängig von Erwerbstätigkeit und Einkommen sollen seitdem alle Familien mit Kindern finanziell begünstigt werden. Junge Leute sollen bei der Arbeitsfindung, Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützt werden, um durch solche Hilfe zur Existenzsicherung Familiengründungen zu fördern und die Institution »Familie« wieder attraktiver zu machen (ATAIGAWA 2010a: 119–144).

Mit den Parallelen zur Vergangenheit mehrt sich auch die wissenschaftliche Kritik an dieser Politik. Im Januar 2008 veranstaltete der Science Council of Japan ein Symposium mit dem Titel »Bevölkerung und Gender – Ist Politik gegen den Geburtenrückgang möglich?« als Gemeinschaftsveranstaltung von Gender-Forscherinnen und Historikerinnen. Im Widerspruch zu Ôbuchi argumentierte die renommierte Deutschland-Historikerin TOSHIKO HIMEOKA (2008), dass sich gerade die deutsche Familienpolitik eingedenk der Bevölkerungspolitik zur Zeit des Nationalsozialismus trotz niedriger Geburtenrate jeglicher Einmischung in die Privatsphäre enthalte und auf strikte Neutralität gegenüber allen persönlichen Lebensformen

achte.¹² In Japan aber, so der Gesamt-Tenor der Symposiumsdiskussionen, entspreche die Geschichte der Bevölkerungs- und Geburtenpolitik einer Geschichte der »Verwaltung des weiblichen Körpers« als »Ressource der Bevölkerungspolitik« (SAKURAI 2008). Ogino gelangt in ihrer historischen Analyse zu der Schlussfolgerung, die Effektivität vergangener Geburtenpolitik sei weniger von ihrer jeweiligen Zielrichtung abhängig gewesen, als vielmehr davon, in welchem Maße die Betroffenen in den Politikzielen auch eigene Interessen hätten erkennen können (OGINO 2008). Überspitzt ließe sich sagen: Die »Verkaufsmethode« wirkt nachhaltiger als der Inhalt der Ware.

Ein Sozialminister wie Yanagisawa musste unweigerlich versagen im Hinblick auf die Legitimität und Effektivität seiner Politik (NAGAYAMA 2007), weil sie die Vergangenheit in Erinnerung rief, und damit die fortgesetzte Missachtung elementarer Rechte von Frauen (MUKUNO 2008).

7. Jüngste Diskurse

7.1 Sozioökonomischer Wandel als Rahmen der Fertilitätsentwicklung

Seit 2006 zeigt die Geburtenrate eine leichte Trendänderung, die Politiker und Ministerien denn auch sofort als Erfolg für sich verbuchten. Zu Unrecht, wie sich unschwer nachweisen lässt: denn erstens können im Juni 2006 beschlossene Maßnahmen sich kaum im selben Jahr auf die Geburtenrate auswirken. Zweitens erfolgte der Anstieg etwas mehr als dreißig Jahre nach dem Zweiten Babyboom, was bei einem durchschnittlichen Alter von knapp dreißig bei der Geburt des ersten Kindes die Erklärung der Geburtenzunahme als schwach ausgeprägten »Dritten Babyboom« nahe legt (KYŌGOKU 2010: 210). Darüber, dass die Geburtenpolitik der LDP-Regierung nicht viel Effektives bewirkt hat, herrscht unter Wissenschaftlern nahezu Einigkeit (ATAIGAWA 2010a: 95–169). Auch außerhalb der Wissenschaft leugnen nicht einmal diejenigen, die als ehemalige Arbeits- und Sozialminister für die diversen Maßnahmen verantwortlich zeichneten, die Zweifelhaftigkeit ihres Erfolges (RENSAI ZADANKAI 2012).

Während bis um die Jahrtausendwende zahlreiche Mikrostudien über die Ursachen des Geburtenrückgangs durchgeführt wurden, um auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen einzuleiten, gewinnen in neueren Studien mehr noch ge-

12. HIMEOKA (2008) argumentiert im Kontext ihres Vergleiches mit Japan – innerhalb des deutschen Kontextes dürften teilweise andere Beurteilungskriterien gelten.

samtgesellschaftliche Perspektiven an Gewicht, besonders die Beziehung zwischen ökonomischer Entwicklung und Fertilität.

Die Entwicklung der Marktwirtschaft und der Aufbau des Sozialversicherungssystems gelten als entscheidende Voraussetzung für die Verbreitung der vom Verwandtschaftsverband ökonomisch unabhängigen Kleinfamilie. Die Freisetzung der Frauen von der Mitarbeit in Landwirtschaft oder Fischerei und von der Verantwortung, ältere Familienangehörige zu versorgen, habe ihnen den Zugang zu höherer Bildung ermöglicht. Dies habe zur Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit geführt, und in der Folge zu Heiratsaufschub und Geburtenrückgang (YAMASHIGE 2011).

AKIHIKO KATŌ (2011) erörtert den Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die soziale Mobilität und damit indirekt auf die Geburtenentwicklung. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums seit den 1970er Jahren habe die soziale Mobilität verringert und durch die Verhärtung sozialer Unterschiede die Heiratschancen von Männern aus niedrigeren sozialen Schichten deutlich gesenkt. Gleichzeitig habe, so KATŌ (2011), die Verbreitung individualistischer Ideologie vor dem Hintergrund von Landflucht, Bedeutungsschwund der Gemeinschaft und Familienverkleinerung die Gelegenheiten, einen Ehepartner beziehungsweise eine Ehepartnerin zu finden, erheblich vermindert. Gewachsen sei die individualistische Tendenz, sich allein auf sein eigenes Leben und auf die Gegenwart zu konzentrieren, und dabei wenig Rücksicht zu nehmen auf nachwachsende Generationen. Die Ressourcenprobleme, die Umweltprobleme und die Schwächung des Systems Familie seien Konsequenzen dieser Entwicklungen (ATAIGAWA 2010a: 19–24).

Vor diesem Hintergrund bewirken auch die öffentlichen und kommerziellen Angebote von Dienstleistungen zur Heiratsanbahnung (*kekkon chūkai sabisu* oder *omiai pātī*) wenig (KATŌ 2011). Der gesellschaftliche Druck, einen Partner oder eine Partnerin zu finden, hat für manche jungen Leute inzwischen ein solches Maß angenommen, dass Kliniken speziell für psychische Erschöpfung, die aus diesen Aktivitäten herrührt, ambulante Betreuung (*konkatsu hirō gairai*) anbieten (YONEYAMA 2011). Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive gelten die Aktivitäten zur Heiratsanbahnung jedoch als eine Chance, den Geburtenrückgang zu überwinden (YONEYAMA 2011: 57).

Wie ATAIGAWA (2010b) betont, könnte allerdings selbst ein Erfolg der aktuellen Maßnahmen zur Lösung der brisanten Probleme der Sozialversicherungen nichts beitragen, sondern würde sich erst in dreißig bis vierzig Jahren auswirken. Daher müsse vor allem darauf geachtet werden, dass politische Maßnahmen jedweder Art die Fertilitätsentwicklung jedenfalls nicht negativ beeinflussen. Im Übrigen müsse bis auf weiteres ein Fortbestehen der gegenwärtigen demographischen Struktur als Prämisse akzeptiert werden, auf deren Basis politische Initiativen zu planen seien (ATAIGAWA 2010b).

7.2 Nachhaltige Sozialversicherungssysteme und Generationengerechtigkeit

Andere Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler argumentieren auch langfristig für eine Anpassung der Sozialversicherungssysteme und der Wirtschaftsstruktur an die demographischen Bedingungen. KYÖGOKU (2010) erörtert, wie überhaupt erst die enorme Zunahme junger Menschen in den Städten das hohe Wirtschaftswachstum der 1950er und 60er Jahre ermöglicht habe. Ein solcher »Bevölkerungsbonus« sei jedoch nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für die Zukunft nicht mehr zu erwarten.

Für entscheidend halten viele Ökonomen und Sozialwissenschaftler die ausreichende Bereitstellung von Arbeitskräften, die durch den Geburtenrückgang bedroht sei. Frauen aller Altersgruppen und ältere Männer bis 64 müssten daher stärker als bisher in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Gleichzeitig bestehe jedoch die Gefahr, dass eine Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit den Geburtenrückgang weiter verstärken und damit das Problem mangelnder Arbeitskräfte perpetuieren könnte (YAMASHIGE 2011).

Aus anderer Perspektive noch befassen sich FUJITA und YOSHIKAWA (2011) mit der Beziehung zwischen Fertilität und Wirtschaftsentwicklung, die zwar nicht ganz unabhängig voneinander verliefen, doch auch nicht in gleichbleibender Korrelation oder gar parallel, wie mitunter angenommen wird. Das hohe Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise habe darauf beruht, dass es mit 7 % die Bevölkerungszunahme von 2 % weit überstieg. Doch führten auch Produktivitätssteigerungen nicht unbedingt zu positivem Wirtschaftswachstum, wie die *risutora*- (Restrukturierung = Entlassungs-)Politik nach dem Zusammenbruch der Blasenökonomie belege. Ausschlaggebend für einen künftigen Wirtschaftsaufschwung seien Innovationen für neue Produkte und Dienstleistungen, die auch ohne Bevölkerungswachstum Produktionssteigerungen ermöglichten (Fujita und Yoshikawa 2011).

Als größtes Problem niedriger Fertilität gilt in Japan wie in zahlreichen anderen Ländern ihr Einfluss auf die Sozialversicherungssysteme (YAMASHIGE 2011: 55). Die ökonomische Last, die die ältere Generation der jüngeren aufbürdet, schlage nun wie ein Bumerang zurück. Unter den Älteren breite sich Armut aus und die Unterschiede im Lebensstandard innerhalb derselben Generation klafften so weit auseinander, wie es schon lange nicht mehr möglich zu sein schien (ATAIGAWA 2010a: 19–24, 71–94). Trotzdem ließen sich weder Rentenkürzungen noch Beitragsanhebungen zu den Sozialversicherungen vermeiden. Um den Anteil der Beitragszahlenden auszuweiten, sei es unerlässlich, die Arbeitsbedingungen für

junge Leute (deutlich) zu verbessern; anders ließe sich auch die Zahl künftiger Sozialhilfeempfänger kaum mehr begrenzen (ATAIGAWA 2010b). Der Schlüssel zum intergenerationalen Miteinander liege in ökonomischer Aktivität und darin, ein Mindesteinkommen und »Unabhängigkeit« (*jiritsu*) aller zu sichern (ATAIGAWA 2010a: 153–169). »Unabhängigkeit« impliziere dabei die drei Dimensionen »Selbstentscheidung«, »Selbstentfaltung« in dem Sinne, die eigenen Möglichkeiten zu verfolgen, und »Selbstverantwortung« für das eigene Schicksal (KYÖGOKU 2010: 190–191).

8. Fazit

Wie die Analyse der Hintergründe und Ursachen des Geburtenrückgangs zeigt, ist die japanische Fertilitätsentwicklung nicht zu trennen von den Bemühungen, demographische Veränderungen durch politische Maßnahmen gezielt in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs förderte die Regierung eine Zunahme der Geburten mit gesetzlichen Mitteln, um Expansion und Krieg vorantreiben zu können. In der Nachkriegszeit gab die Furcht vor Überbevölkerung angesichts des aktuellen Nahrungs- und Wohnungsmangels Anlass, durch die Legalisierung der Abtreibung und andere staatliche Eingriffe die Geburtenrate zu senken. Eine von der Regierung initiierte »Volksbewegung« bereitete das Klima für die Ausbreitung des Ideals der (Zwei-Eltern-)Zwei-Kind-Familie. Mit einer Kombination aus politischer Überredung, sozialem Druck und individuellen Anreizen erzielte diese Politik durchschlagenden Erfolg. Der rapide Geburtenrückgang ab 1950 erfolgte als Resultat effektiver politischer Maßnahmen.

Die seit den 1990er Jahren zu beobachtenden Bemühungen der japanischen Regierung, die Fertilitätsentwicklung erneut zu beeinflussen, funktionieren jedoch nicht annähernd so gut. Methoden, die zu Beginn der 1940er Jahren einen Geburtenanstieg auslösten, geraten heutzutage in die Kritik und bewirken wenig. Der wissenschaftliche Diskurs, der in Wechselwirkung steht mit dem gesellschaftlichen Bewusstsein, zeigt, dass sowohl die Prämisse, Gleichstellungspolitik führe zu steigender Fertilität, als auch die Prämisse historischer Wiederholbarkeit nicht ausreichend fundiert sind und von der Bevölkerung in Frage gestellt werden. Viele wehren sich dagegen, Kinder als ein »öffentliches Gut« zur Finanzierung der Sozialversicherungen anzusehen (HORI'I 2011: 180): »Es ist, als werde der Existenzwert von Menschen nur anerkannt als Arbeiter (Steuerzahler), die einen wirtschaftlichen Beitrag leisten«.

Die Diskurse um eine geeignete Politik zeigen, dass selbst die erfolgreichsten Maßnahmen gegen niedrige Fertilität zu einer Lösung der aktuellen Probleme wenig beitragen können. Zur Stützung der Sozialversicherungssysteme müssen Initiativen in anderen Bereichen erfolgen, von Neuregelungen des Arbeitsrechtes bis hin zu Investitionen, die den demographischen Realitäten angepaßt sind. Ob dauerhaftes Wirtschaftswachstum für den Fortbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist, und welcher Preis angemessen ist für wie gearteten Wohlstand – das sind Fragen, die im Diskurs um den Geburtenrückgang in Japan künftig an Beachtung gewinnen dürften.

Literatur

- ABE, MAKOTO und HACHIRŌ NISHIOKA (2011), »Honsho no Matome to Seisaku Teigen« [Zusammenfassung dieses Buches und Policy-Vorschläge], in: MAKOTO ABE, HACHIRŌ NISHIOKA, NORIKO TSUYA und NOBUTAKA FUJITA (Hg.), *Shōshika Jidai no Kazoku Henyō* [Wandel der Familie im Zeitalter sinkender Kinderzahlen], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 227–235.
- AJSS (AJIA JOSEI SHIRYŌ SENTĀ) (2007), »Tokushū: Abe Kōzō Kaikaku to ›Kazoku no Kizuna« [Sonderheft: Abe-Strukturreformen und ›Familienbande‹], in: *Onnatachi no 21 Seiki*, 49.
- AKAGAWA, MANABU (2004a), *Kodomo ga hette nani ga warui ka!* [Was ist schlecht daran, wenn es weniger Kinder gibt!], Tōkyō: Chikuma Shinsho.
- AKAGAWA, MANABU (2004b), »Shinbun ni arawareta ›Umeyo, Fuyaseyo« [Der Slogan »Gebärt und vermehrt euch« in Zeitungen], in: *Shinshū Daigaku Jinbun Gakubu Kiyō* [Bulletin der Fakultät für Geisteswissenschaften der Shinshū Universität], 38: 133–148.
- AOKI, MICHIO (2004), *Monbu Kagakushō Kenteizumi Kyōkasho: Nihonshi B* [Vom Kultur- und Bildungsministerium anerkanntes Lehrbuch: Japanische Geschichte B], Tōkyō: Sansēidō.
- ASK (ASAHI SHINBUNSHA KEIZAIBU) (Hg.) (2004), *Nihon Shukushō: Daun Saijingu Shakai he no Chōsen* [Verkleinerung Japans: Herausforderung zu einer schrumpfenden Gesellschaft], Tōkyō: Asahi Shinbunsha.
- ATAIGAWA, YOSHIYUKI (2010a), *Kazoku to Fukushi no Shakai Keizai* [Sozialökonomie der Familie und der Wohlfahrt], Tōkyō: Nihon Keizai Shinbun Shuppansha.
- ATAIGAWA, YOSHIYUKI (2010b), »Shōshi Kōreika Jidai no Shakai Hoken Seido no Tenbō« [Aussichten des Sozialversicherungssystems im Zeitalter von niedriger Fertilität und Alterung], in: *Nihon Fukushi Daigaku Keizai Ronshū* [Wirtschaftsanalysen der Nihon Fukushi Universität], 40: 1–32.

- ATŌ, MAKOTO (1996a), *Senshin Shokoku no Jinkō Mondai* [Das Bevölkerungsproblem der Industrieländer], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- ATŌ, MAKOTO (1996b), »1.57 shokku« [Der 1,57 Schock], in: Hikaku Kazokushi Gakkai (Hg.), *Jiten Kazoku* [Wörterbuch zur Familie], Tōkyō: Kōbundō, S. 40.
- ATŌ, MAKOTO (2008), »Mirai he no Tōshi« de aru Shōshika Taisaku ha matta nashi« [Politik gegen den Geburtenrückgang ohne Aufschub als »Investition in die Zukunft«], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 62 (2488): 54–55.
- COULMAS, FLORIAN, HARALD CONRAD, ANNETTE SCHAD-SEIFERT und GABRIELE VOGT (Hg.) (2008), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Leiden: Brill.
- COULMAS, FLORIAN und RALPH LÜTZELER (2011), »Population Implosion: Coping with the Unknown«, in: FLORIAN COULMAS und RALPH LÜTZELER (Hg.), *Imploding Populations in Japan and Germany: A Comparison*, Leiden: Brill, S. 1–32.
- EGUCHI, TAKAHIRO (2011), »Kodomo Teate to Shōshika Taisaku [»Kindergeld« und Politik gegen den Geburtenrückgang], Tōkyō: Hōritsu Bunkasha.
- EHMER, JOSEF (2011), »The Significance of Looking Back: Fertility before the »Fertility Decline««, in: *Historical Social Research*, 36 (2): 11–34.
- FUJITA, MASAHISA und HIROSHI YOSHIKAWA (2011), *Shōshi Kōreika no Shita de no Keizai Katsuryoku* [Wirtschaftliche Dynamik bei niedriger Fertilität und Alterung], Tōkyō: Nihon Hyōronsha.
- FUKUDA, NOBUTAKA (2011), »Fūfu Rōdō Jikan to Kodomosū« [Arbeitszeit der Eheleute und Kinderzahl], in: MAKOTO ABE, HACHIRŌ NISHIOKA, NORIKO TSUYA und NOBUTAKA FUJITA (Hg.), *Shōshika Jidai no Kazoku Hen'yō: Pātonāshippu to Shussei Kōdō* [Wandel der Familie im Zeitalter sinkender Kinderzahlen: Partnerschaft und Gebärverhalten], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 131–159.
- FURUTA, TAKAHIKO (2003), *Jinkō Genshō Shakai no Māketingu* [Marketing in einer Gesellschaft mit abnehmender Bevölkerung], Tōkyō: Seisansei Shuppan.
- HARADA, YUTAKA und HITOSHI SUZUKI (2005), *Jinkō Genshō Shakai ha kowaku nai* [Die Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung ist nicht furchterregend], Tōkyō: Nihon Hyōronsha.
- HIMEOKA, TOSHIKO (2008), »Nachizumu to Jinkō Kanri« [Nazismus und Bevölkerungsverwaltung], in: *Gakujutsu no Dōkō: Trends in the Sciences*, 4: 16–20.
- HONDA, KAZUKO (2009), *Soredemo Kodomo ha hette iku* [Trotzdem werden die Kinder weiter abnehmen], Tōkyō: Chikuma Shinsho.
- HORI'I, MITSUTOSHI (2011), »Shōshika« ha Risuku ka [Ist die »niedrige Fertilität« riskant?], Tōkyō: Shūmei Shuppankai.
- INUZUKA, KYŌTA (2003), »Shōshika Taisaku to Kazoku Seisaku Tenkan no Hōkōsei« [Richtungsänderung der Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang und der Familienpolitik], in: SHINJI KATAGIRI und NOBUHIKO NIBE (Hg.), *Kindai Shihonsei to Shutaisei* [Kapitalismus und Subjektivität in der Moderne], Tōkyō: Tōshindō, S. 29–56.

- ISHIKAWA, NOBORU (1996), »Saiseisanritsu« [Reproduktionsrate], in: HIKAKU KAZOKUSHI GAKKAI (Hg.), *Jiten Kazoku* [Wörterbuch zur Familie], Tōkyō: Kōbundō, S. 376.
- JMS [JINKŌ MONDAI SHINGIKAI] (1998), *Jinkō Genshō Shakai: Mirai he no Sekinin to Sentaku* [Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung: Verantwortung und Alternativen für die Zukunft], Tōkyō: Gyōsei.
- JŌ, SHIGEYUKI (2008), »Dakara Wakamono ha Shiawase ni narenai: Shōshika no Haikei ni aru Kigyō nai no Sedai Kakusa« [Darum können junge Leute nicht glücklich werden: Der Generationengap in Unternehmen im Hintergrund des Geburtenrückgangs], in: *Shūkan Tōyō Keizai* [Wochenzeitschrift Tōyō Keizai], 26 (1):94–95.
- KANEKO, ISAMU (2003), *Toshi no Shōshi Shakai: Sedai Kyōsei o mezashite* [Kinderarme Stadtgesellschaft: Für ein Zusammenleben der Generationen], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- KATŌ, HIROSHI (1988), »Kokumin Yūseihō no Seiritsu Shisō« [Die Ideen zur Entstehung des Volkseugenikgesetzes], in: *Shakai Fukushigaku* [Forschung zur sozialen Wohlfahrt], 29 (2): 24–47.
- KATŌ, AKIHIKO (2011), »Mikonka o oshisusumete kita futatsu no Chikara« [Zwei Kräfte trieben den Geburtenrückgang voran], in: *Jinkō Mondai Kenkyū* [Forschung zu den Bevölkerungsproblemen], 67 (2): 3–39.
- KAWAGUCHI, AKIRA (2005), »Josei no Shūrō to Shusseiritsu no Dōkō« [Erwerbstätigkeit von Frauen und die Entwicklung der Geburtenrate], in: SHAKAI SEISAKU GAKKAI (Hg.), *Shōshika, Kazoku, Shakai Seisaku* [Geburtenrückgang, Familie, Sozialpolitik], Tōkyō: Hōritsu Bunkasha, S. 28–37.
- KAWAMOTO, SATOSHI (2001), *Ronsō: Shōshika Nihon* [Kontroverse: Geburtenrückgang in Japan], Tōkyō: Chūōkōron Shinsha.
- KIMURA, FUMIKATSU (1999), *Shōshi Kōreika no Kyōfu o yomu* [Die Angst der kinderarmen alternden Gesellschaft erkennen], Tōkyō: Chūkei Shuppan.
- KITABA, TSUTOMU (2006), *Shōshika Taisaku to Kosodate Katei he no Shiensaku* [Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang und zur Unterstützung von Familien mit Kindern], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2368: 22–27.
- KOBAYASHI, YŌTARŌ und TAKEO KOMINE (2004), *Jinkō Genshō to Sōgō Kokuryoku* [Bevölkerungsrückgang und nationale Gesamtstärke], Tōkyō: Nihon Keizai Hyōronsha.
- KOCH, MATTHIAS (2008), »History of Demography in Japan«, in: FLORIAN COULMAS, HARALD CONRAD, ANNETTE SCHAD-SEIFERT und GABRIELE VOGT (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Leiden: Brill, S. 97–117.
- KONO, SHIGEMI (2011), »Confronting the Demographic Trilemma of Low Fertility, Ageing and Depopulation«, in: FLORIAN COULMAS und RALPH LÜTZELER (Hg.), *Imploding Populations in Japan and Germany: A Comparison*, Leiden: Brill, S. 35–53.

- KŌSEISHŌ (1998), *Heisei 10-nen Kōsei hakusho: Shōshi Shakai o kangaeru* [Weißbuch des Wohlfahrtsministeriums 1998: Nachdenken über die Gesellschaft mit wenigen Kindern]. Tōkyō: Gyōsei.
- KRS [KŌSEI RŌDŌSHŌ] (2011a), *Heisei 23-nen Jinkō Dōtai Tōkei no Nenkan Suikei* [Jährliche Schätzung der Statistik zur Bevölkerungsentwicklung, 2011], <http://www.mhlw.go.jp/toukei/saikin/hw/jinkou/suiei11/index.html> (30.03.2012).
- KRS [KŌSEI RŌDŌSHŌ] (2011b), *Vital Statistics of Japan 2010*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/CsvdlE.do?sinfid=000012423000> (21.04.2012).
- KRS [KŌSEI RŌDŌSHŌ] (2012), *Ikumen Purojekuto* [Das Projekt »Ikumen«], <http://ikumen-project.jp/project/index.html> (09.08.2012).
- KSJK [KOKURITSU SHAKAI HOSHŌ/JINKŌ MONDAI KENKYŪJO] (2005), *Heisei 17-nen Waga Kuni Dokushinsō no Kekkonkan to Kazokukan* [Heirats- und Familienvorstellungen der Ledigen unseres Landes, 2005], Tōkyō: Kōsei Tōkei Kyōkai.
- KSJK [KOKURITSU SHAKAI HOSHŌ/JINKŌ MONDAI KENKYŪJO] (2010a), *Dai 14-kai Shussei Dōkō Kihon Chōsa: Kekkon to Shussan ni kan suru Zenkoku Chōsa (Fūfu Chōsa no Kekka Gaiyō)* [14. Basisuntersuchung zur Geburtenentwicklung: Landesweite Untersuchung zu Eheschließung und Geburten (Hauptergebnisse der Paarumfrage)], Tōkyō: Kōsei Tōkei Kyōkai.
- KSJK [KOKURITSU SHAKAI HOSHŌ/JINKŌ MONDAI KENKYŪJO] (2010b), *Dai 14-kai Shussei Dōkō Kihon Chōsa: Kekkon to Shussan ni kan suru Zenkoku Chōsa (Dokushinsha Chōsa no Kekka Gaiyō)* [14. Basisuntersuchung zur Geburtenentwicklung: Landesweite Untersuchung zu Eheschließung und Geburten Hauptergebnisse der Ledigenumfrage], Tōkyō: Kōsei Tōkei Kyōkai.
- KTJT [KŌSEISHŌ DAIJIN KANBŌ TŌKEI JŌHŌBU JINKŌ DŌTAI TŌKEIKA] (1999), *Jinkō Dōtai Tōkei 100 Shūnen Kinen: Jinkō Dōtai Tōkei 100-nen no Dōkō* [Zum 100-jährigen Jubiläum der Statistik der demographischer Veränderungen: Wandel in 100 Jahren Statistik der demographischen Bewegungen], Tōkyō: KTJT.
- KYŌGOKU, TAKANOBU (2010), *Kyōsei Shakai no Jitsugen: Shōshi Kōreika to Shakai Hoshō Kaikaku* [Verwirklichung einer Gesellschaft des Zusammenlebens: Niedrige Fertilität, Alterung und Sozialversicherungsreformen], Tōkyō: Chūōhōki Shuppan.
- LESTHAEGHE, RON (1983), »A Century of Demographic and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions«, in: *Population and Development Review*, 9 (3): 411–435.
- LESTHAEGHE, RON und DIRK VAN DE KAA (1986), »Twee Demografische Transities?« [Zweite demographische Transition?], in: RON LESTHAEGHE und DIRK VAN DE KAA (Hg.), *Bevolking: Groei en Krimp* [Bevölkerung: Wachstum und Schrumpfung], Deventer: Van Loghum Slaterus, S. 9–24.

- MASUYAMA, MICHYASU (2004), »Sensō Keikaku ni yoru Shakai Hoshō Seido Keisei« [Bildung des Sozialversicherungssystems im Rahmen der Kriegsvorbereitungen], in: *Gifu Keizai Daigaku Ronshū* [Analysen der Wirtschaftsuniversität Gifu], 37 (2): 23–52.
- MATSUBARA, YŌKO (1997), »Bunka Kokka« no Yūseihō« [Eugenikgesetzgebung eines »Kulturstaates«], in: *Gendai Shisō* [Moderne Ideen], 25 (4): 8–21.
- MAZAL, WOLFGANG (2009), *Gewünschte und realisierte Fertilität*, Vortrag, Council of Europe, Conference of Ministers Responsible for Family Affairs, Wien.
- MCDONALD, PETER (2007), »Time for Action: Public Policies to Revert Low Fertility«, in: *Pharmaceuticals Policy and Law*, 9: 237–243.
- MITSUNAGA, YŌKO (1988), »Kokumin Yūseihō« [Volkseugenikgesetz], in: *Joseishi Kenkyū* [Forschung zur Frauengeschichte], 23: 28–29.
- MORINAGA, TAKURŌ (1997), »Hikon« no *Susume* [Empfehlung der »Ehelosigkeit«], Tōkyō: Kōdansha.
- MOTOYAMA, HIROSHI (2005), »Waga Kuni no Shōshika Taisaku: Seisaku kagakuteki Apurōchi« [Die Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang in unserem Land: Ein politikwissenschaftlicher Ansatz], in: *Kaihatsu Seisaku Kenkyū* [Forschung zur Entwicklungspolitik], 7 (2): 37–45.
- MUKUNO, MICHIKO (2008), »Shōshika Taisaku no Kadai to Tenbō« [Aufgabe und Erwartung der Politik gegen den Geburtenrückgang], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2493: 134–137.
- NAGANO-KEN (2007), *Heisei 18-nendo Nagano-ken Kensei Yoron Chōsa* [Umfragedaten zur Präfekturpolitik in Nagano, 2006], <http://www.pref.nagano.lg.jp/soumu/koho/yoron/h18/yoron18.htm> (24.4.2012).
- NAGAYAMA, YASUO (2007), »Yanagisawa Hatsugen Mondai« [Das Problem der Aussagen von Yanagisawa], in: *Chūō Kōron*, 4: 298–301.
- NAIKAKUFU (2004), *Shōshika Shakai Hakusho: Heisei 16 Nenban* [Weißbuch der Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate, 2004], Tōkyō: Gyōsei.
- NAIKAKUFU (2006), *Shōshika Shakai Hakusho: Heisei 18 Nenban* [Weißbuch der Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate, 2006], Tōkyō: Gyōsei.
- NAIKAKUFU (2007), *Shōshika Shakai Hakusho: Heisei 19 Nenban* [Weißbuch der Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate, 2007], Tōkyō: Gyōsei.
- NAIKAKUFU (2011), *Heisei 23 Nenban Kodomo/Kosodate Hakusho* [Weißbuch über Kinder und Erziehung, 2011], Tōkyō: Naikakufu.
- NDKS [NAIKAKUFU DANJO KYŌDŌ SANKAKUKYOKU] (2005), *Shōshika to Danjo Kyōdō Sankaku ni kan suru Senmon Chōsakai Hōkoku* [Bericht der Fachkommission zu Geburtenrückgang und Geschlechtergleichstellung], Tōkyō: NDKS.

- NKS [NAIKAKUFU KYŌSEI SHAKAI SEISAKU TŌKATSU] (2007), »Seifu no Shōshika Taisaku ni tsuite« [Über die Politik der Regierung gegen den Geburtenrückgang], in: *Toshi Mondai Kenkyū* [Forschung zu den Stadtproblemen], 59 (4): 88–100.
- NARABAYASHI, YOSHI (1956), *Kazoku Keikaku to Jutai Chōsetsu* [Familienplanung und Empfängnisverhütung], Tōkyō: Maki Shoten.
- NISHIOKA, ROKURŌ und ATSUSHI HOSHI (2011), »Otto no Kaji Sanka to Tsuma no Shusseiyoku« [Beteiligung des Ehemannes an der Hausarbeit und Kinderwunsch der Ehefrau], in: MAKOTO ABE, HACHIRŌ NISHIOKA, NORIKO TSUYA und NOBUTAKA FUJITA (Hg.), *Shōshika Jidai no Kazoku Henyō: Pātonāshippu to Shushhō Kōdō* [Wandel der Familie im Zeitalter sinkender Kinderzahlen: Partnerschaft und Gebärverhalten], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 183–204.
- ŌBUCHI, HIROSHI (2005), »Shōshika Zesei no Jinkō Seisaku« [Bevölkerungspolitik zur Verbesserung des Geburtenrückgangs], in: *Keizaigaku Ronsan (Chūō Daigaku)* [Analysen der Wirtschaftswissenschaften (Chūō Universität)], 45 (1/2): 245–259.
- ŌBUCHI, HIROSHI und HIROYUKI KANEKIYO (2005), *Shōshika no Shakai Keizaigaku* [Sozialökonomie einer Gesellschaft mit sinkender Fertilität], Tōkyō: Genshobō.
- OGINO, MIHO (2008), »Shigenka sareru Shintai: Senzen/Senchū/Sengo no Jinkō Seisaku o megutte« [Umwandlung des Körpers in eine Ressource: Zur Bevölkerungspolitik vor, während und nach dem Krieg], in: *Gakujutsu no Dōkō* [Trends in der Wissenschaft], 4: 21–26.
- ŌISHI, AKIKO (2010), »Shōshika Jisedai Ikusei Shisaku no Hyōka to Tenbō« [Child-Related Policies in Japan: What Should Be Done to Improve Children's Well-Being?], in: *Seikatsu Keizaigaku Kenkyū* [Forschung in den Wirtschaftswissenschaften des Lebens], 32: 109–114.
- OKAZAKI, FUMIKI (1950), *Jinkō to Kazoku Daisankan: Nihon Jinkō no Jisshōteki Kenkyū* [Bevölkerung und Familie, Band 3: Empirische Forschung zur japanischen Bevölkerung], Tōkyō: Kuresu.
- RENSAI ZADANKAI (2012), »Shōshika/Chōjuka no saranaru Shinten de Seido Kaikaku ga hitsuyō ni« [Das weitere Fortschreiten sinkender Kinderzahlen und steigender Lebenserwartung macht Strukturreformen notwendig], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2668: 48–53.
- SAKURAI, MARIKO (2008), »Jinkō: ni Naizai suru Kokka no Ronri to Jendā no Shiten« [In dem Begriff »Bevölkerung« enthaltene Staatstheorie und Genderaspekte], in: *Gakujutsu no Dōkō* [Trends in der Wissenschaft], 4: 8–9.
- SHIRAHASE, SAWAKO (2005), *Shōshi Kōrei Shakai no mienai Kakusa* [Die unsichtbare Differenz der alten Gesellschaft mit wenigen Kindern], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.

- SUGIMOTO, YOSHIE (2004), »Shōshika Taisaku« ni miru Jendā no Kadai: 90 Nendai no Shōshika Taisaku o Kentō suru [Aufgaben der »Politik gegen den Geburtenrückgang« aus Geschlechterperspektive: Kritische Betrachtung der Politik gegen den Geburtenrückgang in den 1990er Jahren], in: HIROAKI SHIMIZU (Hg.), *Nihonjin to Shōshika* [Japaner und der Geburtenrückgang], Tōkyō: Ningen to Kagaku Shinsha, S. 255–281.
- SUGIMOTO, YOSHIE (2005), »Shohyō: Akagawa Manabu *Kodomoga hette nani ga waruika!*« [Rezension: Akagawa Manabu *Was ist schlecht daran, wenn es weniger Kinder gibt!*], in: *Sōgō Shakai Fukushi Kenkyū* [Forschung zur allgemeinen Sozialwohlfahrt], 27: 87–90.
- SUGIMOTO, YOSHIE (2008), »Naze Shōshika Seisaku ha Kōka o agenai no ka?: Shōshika Seisaku ga kakaeru futatsu no Mujun« [Warum erzielt die Politik gegen den Geburtenrückgang keinen Erfolg?: Zwei Widersprüche in der Politik gegen den Geburtenrückgang], in: *Ajenda* [Agenda], 20: 14–21.
- TAEUBER, IRENE (1958), *The Population of Japan*, Princeton: Princeton University Press.
- TKS [TŌYŌ KEIZAI SHIMPŌSHA] (Hg.) (1985), *Kokusei Chōsashū Taisei: Jinkō Tōkei Sōran* [Sammlung der Volkszählungsergebnisse: Gesamtüberblick über die Bevölkerungsdaten], Tōkyō: Tōyō Keizai Shimpōsha.
- YAMAMOTO, KIYOKO (2005), »Sengo Nihon ni okeru Jinkō Seisaku to Kazoku Hendō ni kan suru Rekishi Shakaigakuteki Kōsatsu« [Eine geschichtssoziologische Betrachtung zu Bevölkerungspolitik und familiärem Wandel im Nachkriegs-Japan], in: *Sonoda Gakuen Joshi Daigaku* [Sonoda Gakuen Frauenuniversität], 39: 85–99.
- YAMASHIGE, SHINJI (2011), »Shōshika to Zei/Shakai Hoshō Seido no Ittai Kaikaku« [Sinkende Fertilität und umfassende Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme], in: *Hitotsubashi Keizaigaku* [Hitotsubashi Wirtschaftswissenschaften], 5 (1): 51–74.
- YANAI, IKUKO (2001), »1950–60 Nendai ni okeru Kigyō ni yoru Kazoku Kanri: Shinseikatsu Undō no Tenkai ni sokushite« [Kontrolle der Familien durch die Unternehmen in den 1950er und 1960er Jahren: Auf Basis der Ausbreitung der Bewegung für einen neuen Lebensstil], in: *Tōkyō Daigaku Daigakuin Kiyō* [Zeitschrift der Graduiertenschule der Tōkyō Universität], 41: 107–115.
- YONEYAMA, MASATOSHI (2011), »Gendai no ›Konkatsu Jidai‹ ni okeru Shōshika no Jittai to Shakai Hoshō Seisaku nado« [Der Zustand der sinkenden Kinderzahl, der Sozialversicherungspolitik usw. in diesem ›Zeitalter der Heiratsbemühungen‹], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2646: 56–59.
- YOSHIHIRO, KIYOKO (Hg.) (1993 [1991]), *Onna ga Kodomo o umitagaranai wake* [Warum Frauen keine Kinder gebären wollen], Tōkyō: Bansei Shobō.